

nehmerverbänden und den Fotos des Erzbischofs von Managua, *Miguel Obando Bravo*, durchzublättern. Obwohl die CELAM-Studie auch von der Unterdrückung und Verfolgung von Revolutionsgegnern spricht, unterschätzt sie aus heutiger Sicht die Gefahr, daß Kirche und Sandinismus in Nicaragua – beide von ihrer führenden Rolle und ihrer Verantwortung für die Zukunft des Landes überzeugt – in eine *direkte Auseinandersetzung* steuern: „Um eine solche Auseinandersetzung zu verhindern, muß der Sandinismus einige notwendige Korrekturen vornehmen, während die Kirche eine weniger kämpferische Haltung einnehmen, diesen Korrekturen ein offeneres Entgegenkommen zeigen und die Möglichkeit wahren sollte, die Revolution in wirklich christlicher Weise zu beeinflussen“ (zitiert aus „Adveniat“, Heft 9, Bericht über Zentralamerika). Der um Objektivität bemühte und weithin zutreffende Nicaragua-Bericht der CELAM-Delegation ist von den Ereignissen des Sommers überholt worden, die daraufhin deuten, daß Kirche und Regierung in Nicaragua bereits in die *Phase der offenen Konfrontation* eingetreten sind. Die Äußerung von Innenminister *Tomás Borge*, er sehe keine Möglichkeiten für einen „Dialog mit den katholischen Kirchenführern“, solange sich diese mit den „Interessen des US-Imperialismus und der Reichen“ identifizierten; die nach gewaltsamen Kämpfen zeitweilige Schlie-

ßung der Salesianer-Schule in Masaya, die jetzt unter staatlicher Kontrolle steht; die Ausweisung des spanischen Rektors der Schule, *José Morataya*, und die spektakulären Versetzungen prosandinistischer Pfarrer sind insgesamt gesehen Merkmale einer kirchenkampfähnlichen Situation.

In einem Hirtenbrief vom 24. August wehren sich die Bischöfe in entschiedenem Ton gegen den Versuch der Revolutionsregierung, die Kirche aus dem *Erziehungsbereich* zu verdrängen: „Wir können uns den Aufbau der nicaraguanischen Gesellschaft ohne die Rolle, welche die katholische Erziehung bei diesem Aufbau spielen soll, und zwar als konkrete Antwort auf die Probleme, Sorgen und die Kultur unseres Volkes, nicht vorstellen.“ Trotzdem bekundete Erzbischof Obando im September erneut seine Bereitschaft, den Dialog mit der Regierung fortzusetzen. Auf seine Person konzentrieren sich gegenwärtig alle Hoffnungen: das traditionell kirchentreue nicaraguanische Volk, die um ihren inneren Zusammenhalt und ihren gesellschaftspolitischen Standort ringende Kirche, die politische Opposition und letztlich auch die politische Kalkül gerade erst erlernende sandinistische Revolutionsregierung sehen in ihm eine nationale Führergestalt. Angesichts solch übersteigter Erwartungen an einen Mann der Kirche bleiben Mißverständnisse und Enttäuschungen Betroffener nicht aus. So haben

die rigoros und teilweise sogar mit Kirchenstrafen durchgeführten Versetzungen einiger prosandinistischer Pfarrer gerade innerkirchlich vermutlich mehr Staub aufgewirbelt als Gutes bewirkt. Von linken politischen Kräften angegriffen und von der Rechten mißbraucht, ist es für Obando – so der Eindruck einiger seiner Gesprächspartner – offenbar zunehmend schwieriger, dem politischen Druck und den die gesellschaftliche Kraft der Kirche schwächenden innerkirchlichen Spannungen standzuhalten.

Die auch in europäischen Kirchen bestehende Neigung, Nicaragua politisch abzuschreiben, hält der Erzbischof für falsch und verhängnisvoll, obwohl auch seine politische Einschätzung der Lage von der These der *versuchten Kubanisierung* Nicaraguas ausgeht. Ein führender Vertreter eines deutschen kirchlichen Hilfswerks meinte am Rande des Düsseldorfer Katholikentags, die westliche Welt könne heute in Nicaragua nach seiner Kenntnis der Verhältnisse „mit Brot und Fibern“ Not und Unterentwicklung wirksam bekämpfen helfen und durchaus auch an politischem Einfluß gewinnen. Es ist erfreulich, daß sich in der deutschen Kirche an entscheidender Stelle die Sorge um die Entwicklung in Nicaragua in verstärkte Hilfsbereitschaft umsetzt, wofür sowohl die häufigeren und intensivierten Kontakte mit der dortigen Kirche als auch die Steigerung materieller Hilfe sprechen. G. B.

Entwicklungen

Blasse Schatten des Laizismus

Frankreichs überflüssiger Schulstreit

Weder eine politische Notwendigkeit noch rationale Erwägungen brauchten den sozialistischen Präsidentschaftskandidaten *François Mitterrand* zu veranlassen, die Schaffung eines einheitlichen laizistischen Schulwesens in sein Wahlprogramm aufzunehmen, um auf diese Weise

seine Absicht zu bekunden, die freien, vorwiegend katholischen Schulen in das staatliche System zu integrieren. Der Kandidat übernahm lediglich etwas leichtfertig ein in der Vergangenheit für seine Partei sehr wichtig gewesenes, inzwischen aber weitgehend als überholt betrachtetes

Dogma. Wahrscheinlich wollte er auf die einflußreiche Lehrgewerkschaft *FEN* (Fédération de l'Education Nationale) Rücksicht nehmen. Deren Programm enthält aufgrund einer langen Tradition unverändert die Forderung nach einem staatlichen laizistischen Schulmonopol. Es bestand jedoch nicht die geringste Gefahr, daß deren Mitglieder Mitterrand ihre Stimme versagten.

In seiner Partei bewegte diese Frage ernstlich nur noch die letzten Zeugen der alten Generation, die aktive Kämpfer im jahrzehntelangen französischen Schulkampf gewesen waren. Daneben brauchte Mitterrand auch auf die höchstens 50 000 Mitglieder zählende Freimaurerloge „*Grand Orient*“ keine Rücksicht zu nehmen. Sie veröffentlichte seit seiner Wahl zwei Kriegserklärungen gegen die freien Schulen, wohl in Erinnerung an die Zeit, als der Klerus zu den Gegnern der Republik gehörte, während er 1981 zumindest teilweise zum Wahlerfolg Mitterrands beigetragen hat und es jedenfalls seit langem keinen Konflikt mehr zwischen Staat und Kirche gibt.

Seinem *kommunistischen Koalitionspartner* hatte Mitterrand ebenfalls nicht entgegenzukommen, denn er ist taktisch geschickt und auch politisch realistisch genug, um dieses heiße Eisen nicht anzufassen. Den Kommunisten erscheint es weit sinnvoller, zumindest vorübergehend den Katholiken die Hand zu reichen, als sich für eine Einheitsschule zu schlagen, die ihnen politisch nichts einbringt. Während seit einiger Zeit sozialistische Bürgermeister versuchen, den freien Schulen die ihnen gesetzlich einwandfrei zustehenden Gemeindesubventionen vorzuenthalten, erfüllen die kommunistischen Bürgermeister ihre Verpflichtungen ohne den geringsten Widerstand.

Eine Mehrheit will freie Schulen

Die öffentliche Meinung sieht ihrerseits im Vorhandensein und Fortbestand der freien Schulen *kein Problem*, mit dem sich die Regierung zu befassen hätte. Nach einer Meinungsumfrage, die in großen Zügen durch andere Sondierungen ähnlicher Art in den letzten zwölf Monaten bestätigt wurde, wünschen nur 18% der Franzosen die Integration des privaten Schulungswesens in einen geeinten laizistischen öffentlichen Dienst. 55% sprechen sich für die Aufrechterhaltung des jetzigen Systems aus, 21% fordern die Verringerung oder die Beseitigung der den freien Schulen gewährten staatlichen Subventionen. Die Hälfte der Bevölkerung glaubt, daß das private Schulwesen qualitativ besser ist, während in dieser Beziehung den öffentlichen Schulen nur 17% den Vorzug geben. Noch wichtiger ist vielleicht, daß sich 76% für die freie Wahl der Schule durch die Eltern aussprechen sowie über 60% in den freien Schulen eine Garantie für die Toleranz und für die Qualität des gesamten französischen Unterrichtswesens sehen. Erwähnung verdient schließlich die Billigung der staatlichen Subventionen für die freien Schulen durch 51% der Linkswähler.

Um die jetzige Lage verständlich zu machen, ist ein Blick

auf die Entwicklung der letzten 100 Jahre erforderlich. Die *Fundamente des öffentlichen Schulwesens* wurden unmittelbar nach Gründung der III. Republik 1881 gelegt. Die Grundsätze waren die Schulpflicht bis 13 Jahre (erst ab 1936 bis 14 Jahre), Schulgeldfreiheit und Laizismus, zunächst nicht im Sinne der politischen Neutralität verstanden, denn der Volksschüler sollte in gewissem Sinne zum *Missionar der republikanischen Idee* werden. Die an sich beabsichtigte philosophische und religiöse Neutralität litt zunächst verständlicherweise unter dem bald einsetzenden harten Kampf zwischen Staat und Kirche, der zu Beginn des Jahrhunderts mit der Trennung von Kirche und Staat und der Enteignung des Kirchenbesitzes endete. Die dadurch entstandene gespannte und in einigen stark katholischen Gegenden explosiv feindliche Atmosphäre wurde durch die *nationale Solidarität* während des Ersten Weltkrieges gemindert, um anschließend weiter an Bedeutung und politischem Echo zu verlieren. Als 1946 in der IV. Republik die Sozialisation eine Phase der engen politischen Zusammenarbeit mit der katholisch geprägten Volksrepublikanischen Partei (MRP) einleiteten, durfte man diesen Abschnitt der französischen Geschichte als abgeschlossen betrachten, von einigen Rückzugsgefechten und laizistischen Heckenschützen abgesehen.

Inzwischen aber hatten die freien Schulen mit zunehmenden *finanziellen Schwierigkeiten* zu kämpfen. Ihnen wurde zwar nicht mehr die Daseinsberechtigung abgestritten, aber die Unabhängigkeit mußte durch das doppelte finanzielle Opfer der Eltern und des Lehrkörpers erkaufte werden. Infolge der allgemeinen Entwicklung in der katholischen Kirche ging außerdem die Zahl der für den Schulunterricht verfügbaren Ordensbrüder und -schwestern zurück, so daß in steigendem Maße auf meistens schlecht bezahlte und qualitativ nicht überzeugende Laien zurückgegriffen werden mußte. Über die Kirche hinaus stellten sich auch politische Kreise des Landes die Frage, ob es mit den demokratischen Grundsätzen vereinbar ist, daß im Schulwesen je nach der religiösen Überzeugung unterschiedliche finanzielle Regeln Anwendung finden.

Der Zustand nach der Lex Debré

Noch in Algier beauftragte General de Gaulle den gläubigen Protestanten und Sozialisten *André Philip* mit der Ausarbeitung eines Kompromisses zur endgültigen Bereinigung des Schulstreits. Seine Vorschläge wurden 1945 einstimmig von der sozialistischen Parlamentsfraktion zurückgewiesen. Diese Unnachgiebigkeit löste den Unwillen der Volksrepublikanischen Partei aus, da sie als Vorleistung die Streichung der vom Vichy-Régime Marschall Pétains den freien Schulen gewährten Subventionen hingenommen hatten. Es wurde daher eine zweite Kommission unter Vorsitz des ehemaligen Außenministers *Paul Boncour* gebildet, die zu keinen Schlüssen gelangte. Erst 1951 fand sich im Parlament eine Mehrheit für eine erste bescheidene staatliche Hilfe, beschränkt auf die der Schulpflicht unterliegenden Kinder, mit der Auf-

lage, diese Beiträge für die Verbesserung der Gehälter des Lehrpersonals zu verwenden. Ein gleich hoher Betrag mußte an die öffentlichen Schulen gehen und diente der Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln.

Die jetzige Regelung verbitterte die laizistischen Kräfte und verschärfte den Konflikt entgegen den Erwartungen. Im Interesse der Stabilität der schwachen IV. Republik beschlossen daher der damalige sozialistische Regierungschef *Guy Mollet* und der maßgebende volksrepublikanische Politiker *Robert Lecourt* im Oktober 1956, mit dem Vatikan Verhandlungen einzuleiten, um eine für alle Seiten tragbare Lösung zu finden. Sie waren noch nicht abgeschlossen, als de Gaulle 1958 zur Macht zurückkehrte und in Kenntnis dieser Gespräche eine neue Kommission unter dem Vorsitz des ehemaligen sozialistischen Erziehungsministers *Lapie* bildete. Sie führte 1959 zur Verabschiedung eines Gesetzes, das nunmehr unter dem Namen des damaligen Premierministers *Michel Debré* bekannt ist (vgl. HK, Februar 1960, 204 f.).

Danach anerkennt der Staat die freie Schulwahl und garantiert den privaten Anstalten die Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie erhielten die Wahl zwischen *vier Möglichkeiten*: Sie konnten auf jede Verbindung mit dem Staat verzichten, damit aber auch auf jede Subvention. Auf diese völlig unabhängigen Schulen entfallen ungefähr 6% der Schüler des privaten Sektors. Einige wenige nicht konfessionelle Anstalten machten ferner von der vollständigen Integration in das öffentliche Schulwesen Gebrauch. Das Schwergewicht liegt jedoch bei zwei verschiedenartigen vertraglichen Vereinbarungen zwischen dem Staat und den privaten Schulen. Die erste, als „einfacher Vertrag“ bezeichnet, läßt den Schulen ihre Autonomie, während sich der Staat auf die Entlohnung des Lehrkörpers beschränkt. Die zweite Lösung ist ein Assoziierungsvertrag, der die Schulen verpflichtet, sich den Programmen des öffentlichen Sektors anzupassen und außerdem schrittweise staatlich diplomierte Lehrkräfte zu beschäftigen. Als Gegenleistung übernimmt der Staat zusätzlich einen Teil der Unterhaltskosten, neben der Bezahlung der Lehrkräfte. Die Lex Debré beschränkte die einfachen Verträge (die auf ungefähr 75% der Schüler privater Schulen Anwendung finden, gibt es demgegenüber nur für etwa 20% Assoziierungsverträge) auf die Dauer von zwölf Jahren, mit der Absicht, eine möglichst große Zahl von Bildungsanstalten zu einem engeren Verhältnis mit dem Staat zu veranlassen. Diese zeitliche Begrenzung wurde durch ein Gesetz von 1971 aufgehoben. Ein weiteres Gesetz sicherte 1977 dem Lehrpersonal der freien Schulen die *gleichen sozialen Vorteile* wie denjenigen des öffentlichen Sektors und gab außerdem den Schuldirektoren das Recht, an Stelle des staatlichen Akademierektors neue Lehrkräfte zu ernennen. Deren Aus- und Fortbildung wird vom Staat in gleicher Weise finanziert wie diejenige ihrer Kollegen des öffentlichen Sektors.

Ende 1981 stellte das private Schulwesen rund 2 Millionen Schüler bei einer Gesamtzahl von etwas über 12 Millionen (ohne Hochschulen). 93% entfielen auf offiziell

katholische Schulen, die deswegen nicht in allen Fällen einen deutlich religiösen Charakter besitzen, 2% auf einige protestantische und auf stärker vertretene israelitische Schulen. Insgesamt werden in den Vorschulen bis zu den Oberschulen rund 113 000 Lehrkräfte beschäftigt.

Finanziell schwach, qualitativ besser?

Da die staatlichen Subventionen zur Deckung der Ausgaben nicht ausreichen, bleiben die freien Schulen auf den finanziellen Beitrag der Eltern angewiesen. Der Staat bezahlt nur das Lehrpersonal, aber nicht die benötigten Verwaltungskräfte. Hinzu kommen der Aufwand für Lehrmittel und die Verwaltungskosten. Ferner erfolgte in den letzten zwei Jahrzehnten eine *soziale Umschichtung der Schüler*, vor allem in den Städten, wo ein größerer Prozentsatz der Kinder mittlerer und unterer Einkommensgruppen vom Schulgeld befreit werden mußte.

Das *Lehrpersonal* ist zwar theoretisch demjenigen der öffentlichen Schulen finanziell gleichgestellt, es erfreut sich jedoch bei weitem nicht der gleichen Sicherheit des Arbeitsplatzes, noch der gleichen Automatik für den beruflichen Aufstieg. Auch einige weitere Vergünstigungen des Beamtenstatus sind ihm versagt. Dies erklärt gewisse Strömungen zugunsten der Integration der privaten Schulen in den öffentlichen Dienst. Ins Gewicht fallen hierbei auch Spannungen zwischen dem Lehrpersonal und den kirchlichen oder nichtkirchlichen Instanzen, denen die Verantwortung für die freien Schulen obliegt. Mitunter haben jene nicht genügend die Tatsache berücksichtigt, daß sie nicht mehr durch ihre religiöse Berufung motivierten Ordensbrüdern oder -schwestern gegenüberstehen, sondern *Arbeitnehmern mit weltlichen Verpflichtungen und Ansprüchen*, denen ein gewerkschaftlicher Schutz immer zweckmäßiger erscheint. Dank ihres immer noch fühlbaren christlichen Ursprungs sicherte sich die Linksgewerkschaft *CFDT* in diesem Kreis einen gewissen Einfluß. Sie stand stets der Verstaatlichung der privaten Schulen positiv gegenüber und fand natürlich hierfür bei ihren Mitgliedern im Lehrkörper zunächst ein Echo. Es wurde aber ziemlich schnell durch die Reaktion der öffentlichen Meinung, die klare Haltung der katholischen Kirche und die extreme Einstellung der laizistischen Lehrergewerkschaft FEN gedämpft.

In den letzten Jahren läßt der Anteil der privaten Bildungsanstalten an der gesamten Schülerzahl eine regelmäßige, wenn auch *langsam ansteigende Tendenz* erkennen. Sie erklärt sich weniger durch die Leistungen und keineswegs durch religiöse Erwägungen, sondern durch die *Krise des öffentlichen Bildungswesens*, dem vor allem im Mittel- und Oberschulbereich ein Niveauverlust – teilweise zu Recht, teilweise übertrieben – vorgeworfen wird. Das Pflichtbewußtsein im staatlichen Lehrkörper hat zweifellos nachgelassen. An die Stelle der „Berufung“ ist deutlich banalisiert der Beruf getreten. Die Verteidigung der erworbenen Rechte und ganz allgemein eines nicht

mehr vertretbaren Status quo wird weit ernster genommen als das Schicksal der Kinder. Nicht selten schicken neuerdings durchaus laizistisch eingestellte Eltern – bis zu Angehörigen des öffentlichen Lehrkörpers und Ministern der sozialistischen Regierung – ihre Kinder in freie Schulen, weil sie deren Zukunft keinem unnötigen Risiko aussetzen wollen. Geschätzt wird die allgemein bessere Disziplin – wenn es auch an Gegenbeispielen nicht mangelt –, eine größere Regelmäßigkeit des Unterrichts und ein gesünderes Klima ohne politische Hypotheken. In den freien Schulen wird außerdem weit weniger gestreikt. Die Lehrer sind seltener abwesend, da sie ohne Rückendeckung durch den Beamtenstatus auskommen müssen.

Bei der Beurteilung der *qualitativen Unterschiede* muß man allerdings vorsichtig sein und darf einige wichtige Gegebenheiten nicht übersehen. Zunächst besteht die große Wahrscheinlichkeit, daß ein Teil der katholischen Schulen, z. B. in der Bretagne, den Anschluß an die moderne Entwicklung noch nicht gefunden hat und jene in folgedessen ihre Aufgabe nicht mehr richtig erfüllt. Die meisten Eltern halten es überdies für angebracht, ihre Kinder nach einer ersten Ausbildungsperiode aus den katholischen Grundschulen in staatliche Oberschulen zu schicken, sobald sich die Aufnahme in die qualitativ anerkannten Lyzeen als möglich erweist. Für die *Ausbildung der Elite* besteht demnach größeres Vertrauen in die öffentlichen Schulen. Soweit sich katholische Schulen in diesem Bereich einen Wettlauf erlauben und auf ihre hohe Erfolgsquote beim Abitur Stolz sind, verhalten sie sich gegenüber ihren Schülern nicht gerade rücksichtsvoll, denn alle schwächeren Elemente werden schonungslos verdrängt. Man darf in diesen Bildungsstätten nicht sitzenbleiben. Die Ausgestoßenen klopfen dann an das Tor eines staatlichen Lyzeums, dessen Bildungsniveau sie dann wahrscheinlich nicht verbessern.

Der private Sektor ist ferner *wenig belastet durch die Verlängerung der obligatorischen Schulpflicht* vom Abschluß des 14. auf das Ende des 16. Lebensjahres. Sie hat zur Folge, daß die Mittelschulen einen mitunter beachtlichen Prozentsatz von Jugendlichen, die nichts lernen wollen, mitschleppen müssen. Vor dieser Gruppe schützt den privaten Sektor meistens schon das *Schulgeld*. Aus dem gleichen Grunde ist der *Anteil der Gastarbeiterkinder* in den freien Vor- und Grundschulen sehr niedrig, während er im öffentlichen Bereich in den größeren und mittleren Städten das Niveau häufig zwangsläufig herabdrückt und sowohl für die Lehrer wie für die Eltern zu einem schwerwiegenden Problem geworden ist.

Um richtige Vergleiche aufzustellen, muß man von übereinstimmenden Voraussetzungen ausgehen. Dies ist nicht immer der Fall. Es läßt sich auch der Wunsch der jetzigen Regierung vertreten, nach einer Lösung zu suchen, die es ermöglicht, den freien Schulen ungefähr die gleichen Verpflichtungen – besser gesagt Hypotheken – aufzuerlegen wie den staatlichen. Es wäre durchaus denkbar, hierfür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, damit durch das Schulgeld keine sozialen Schranken mehr bestehen.

Nicht leicht zu beurteilen ist ferner das *religiöse Gewicht* der katholischen Schulen. Grundsätzlich werden Kinder aller Religionen und auch Nichtgläubige aufgenommen. Der Religionsunterricht ist nicht obligatorisch. Nach Äußerungen des Präsidenten der Bischofskommission für das Schulwesen, Erzbischof *Jean Honoré* (Tours), besitzen die katholischen Schulen *zwei miteinander nicht immer verbundene Finalitäten*. Die erste ist ihre *erzieherische Aufgabe*, um die individuellen Qualitäten der jungen Menschen zu entwickeln und sie auch auf ihr Engagement im sozialen Leben vorzubereiten, damit sie in Gruppen zu leben verstehen und sich zum Universellen hin öffnen. Die zweite Finalität besteht darin, in ihnen den christlichen Glauben zu wecken und zu stärken. Ohne das *Gewicht des religiösen Faktors* geringzuschätzen, darf man annehmen, daß die Erziehungsaufgabe – zweifellos im katholischen Geiste definiert – den Charakter der katholischen Schulen am stärksten bestimmt.

Was Mitterrand ändern könnte

Was will und kann die französische Regierung unternehmen, um das wohl heikelste Wahlversprechen des sozialistischen Präsidentschaftskandidaten zu erfüllen? Sie läßt sich Zeit und geht mit größter Vorsicht zu Werke. Erziehungsminister *Alain Savary*, der es ausgezeichnet verstand, seine persönlichen Überzeugungen und Absichten völlig im Dunkeln zu lassen, rief zunächst die Verantwortlichen aller betroffenen oder interessierten Organisationen der Reihe nach zu sich, um ihre Thesen anzuhören, ohne dazu auch nur andeutungsweise Stellung zu nehmen. Nach einer Denkpause von mehreren Monaten veranlaßte er die Regierung, ihn in Zusammenarbeit mit vorläufig nicht bekannten Sachverständigen mit einer gründlichen Überlegung von *vier Fragen* zu beauftragen: das Schulnetz, der Charakter der Bildungsanstalten, das Statut ihres Personals, einschließlich des Ernennungsverfahrens, und die den Unterricht ergänzenden Bildungsaktivitäten. Nach einer Verlautbarung der Regierung steht für alle vier Fragen die mangelnde Anpassung der jetzigen Gesetzgebung einer guten materiellen, moralischen und sozialen Verwaltung des Erziehungswesens im Wege. Frühestens im November sollen diese Überlegungen zu konkreten Vorschlägen führen, die keine Entscheidungen sein sollen, sondern lediglich Arbeitsdokumente für die mit den verschiedenen Organisationen des freien und öffentlichen Schulwesens zu führenden Verhandlungen. Es wäre eine Überraschung, wenn vor den Gemeindewahlen im März 1983 die Regierung dem Parlament die erforderlichen Gesetzesanträge zuleitete.

Immerhin gibt es bereits genügend Hinweise auf die sich abzeichnenden Tendenzen.

Ein staatliches Schulmonopol hat mit Gewißheit als ausgeschlossen zu gelten. Die Schließung privater Schulen und das Verbot der Eröffnung privater Schulen wären verfassungswidrig. Zur Diskussion stehen nur die *staatlichen Subventionen* und ihre Folgen. Diejenigen privaten

katholischen Schulen, die darauf verzichten wollen, behalten ihre volle Bewegungsfreiheit. Diesen Weg kann natürlich nur eine verschwindend kleine Minderheit gehen. Andererseits ist es kaum denkbar, daß der Staat die religiösen Schulen vor die Wahl stellt, sich entweder mit einigen vorübergehenden Sonderrechten, z. B. für den Religionsunterricht, in das staatliche System zu integrieren oder auf jede Subvention zu verzichten. Ein derartiges Ultimatum würde in der öffentlichen Meinung, bis in das Regierungslager hinein, auf Widerstand stoßen.

Aber noch ausschlaggebender dürften die sich hieraus ergebenden *organisatorischen und finanziellen Schwierigkeiten* sein. Das französische Erziehungsministerium gilt seit langem verwaltungstechnisch fast als ein Monstrum. Der Einfluß der straff organisierten Lehrgewerkschaft war dort wiederholt stärker als derjenige des Ministers. Keine Regierung hat Interesse daran, dieses Ministerium weiter aufzublähen und die seit Jahrzehnten jede Schulreform sabotierende, weil trotz ihrer Linksorientierung zutiefst konservative Lehrgewerkschaft zu kräftigen. Vorläufig ist übrigens das *Schulwesen* vom durch die sozialistische Regierung eingeleiteten *Dezentralisierungsprozeß* *ausgenommen*. Es ist schwer ersichtlich, wie in diesem Falle der Staat die Integration von über 100 000 Lehrern und über 7000 Schulen verwirklichen könnte. Die finanzielle Mehrbelastung beläuft sich nach der vorsichtigsten Berechnung auf 5 Milliarden Francs jährlich. Sie trägt nicht der Tatsache Rechnung, daß die Gebäude der freien Schulen meistens direkt oder indirekt der Kirche gehören und vom Staat entweder gemietet oder gekauft werden müßten. Nach einer Schätzung der Schutzverbände der freien Schulen betragen die Mehrkosten pro Schüler an den staatlichen Anstalten im Durchschnitt 4500 F pro Jahr. Man gelangt so zu einer Gesamtlast von fast 10 Milliarden Francs, in Anbetracht des bereits gegebenen hohen Defizits des Staatshaushalts ein fast erdrückender Betrag.

Mitterrand sprach sich wiederholt für die *Aufrechterhaltung des Pluralismus* im Schulwesen aus. Dies entspricht der Forderung der überwiegenden Mehrheit der Franzosen. Einer der Sprecher der laizistischen Bewegung identifiziert allerdings den Laizismus mit dem Pluralismus, indem er versichert: „In der Schule und anderswo ist der Pluralismus die freiwillige Hinnahme der Unterschiede, die unbefangene Überprüfung aller Botschaften, selbst der schwierigen; er ist die Achtung der Gewissen in jeder Lage. Die laizistische Schule muß der Schmelztiegel sein, in dem dieser Pluralismus zum Ausdruck kommt.“ Die logische Folge dieser äußerst gewundenen These wäre das staatliche Schulmonopol. Nach nicht geringer Wahrscheinlichkeit bedeutet dagegen für Mitterrand der Pluralismus der Fortbestand der religiösen Schulen innerhalb eines vom Staat genauer und strenger als bisher festgesetzten Rahmens. Er dürfte vor allem vermeiden, ihren religiösen Auftrag in Frage zu stellen. Dies könnte sich freilich mit der Versuchung verbinden, sie in ein religiöses Getto zu verweisen.

Für den Staat ist es allerdings keine glückliche Lage, fast

automatisch die vereinbarten Subventionen den freien Schulen bezahlen zu müssen, ohne sie ernstlich kontrollieren zu können. Es ist auch nicht gerade zweckmäßig, daß in einigen Gegenden Frankreichs die freien und die öffentlichen Schulen um die Schüler konkurrieren, wenn die Schülerzahl für zwei Anstalten zu klein wird oder eine Koordinierung zu besseren erzieherischen Ergebnissen führen könnte. Erziehungsminister Savary gab gerade die Anweisung, daß neue Klassen im privaten Sektor in Zukunft nicht mehr ohne staatliche Bewilligung eingerichtet werden dürfen, besonders wenn sie sich mit der Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte verbinden. Eine Rationalisierung des französischen Schulnetzes wird sich unter Einbeziehung der privaten Anstalten nicht vermeiden lassen, ebenso wenig wie ein *stärkeres Mitspracherecht der staatlichen Instanzen bei der Einstellung der Lehrkräfte*, weil von ihnen die Durchführung des schon heute theoretisch, aber nicht immer tatsächlich einheitlichen Schulprogrammes abhängt.

Am stärksten beunruhigt die Verantwortlichen der privaten kirchlichen Schulen die angekündigten Überlegungen über den *Charakter der Schulen*. Sie betreffen den Kern des Problems. Die laizistische Lehrgewerkschaft erstrebt hierfür eine den kirchlichen Forderungen und Erwartungen diametral entgegengesetzte Lösung. Ein tragbarer Kompromiß läßt sich nur dann realisieren, wenn Mitterrand der liberalen Konzeption des Pluralismus unbedingt treu bleibt und sich nicht durch die wirr dogmatische Zweckphilosophie der Verfechter des Laizismus beeinflussen läßt. Machtpolitisch gesehen, braucht er sich keineswegs dem Willen der Lehrgewerkschaft zu unterwerfen, denn die ihr zugestandenen Privilegien sind so groß, daß schon die Drohung, sie an die große Glocke zu hängen, ausreicht, um die nur noch aus Tradition, aber nicht mehr mit dem Herzen dem Laizismus der letzten Jahrhundertwende verschriebene Organisation zum Einlenken zu bringen. Sonst droht der französischen Regierung ein harter Kampf mit der katholischen Kirche, deren Bischöfe an ihrer Entschlossenheit, den religiösen Auftrag der katholischen Privatschule mit allen Mitteln zu verteidigen, nicht zweifeln lassen.

Alfred Frisch

Literaturhinweise:

- Robert Ballioni: *Les Consommateurs d'Ecole*. Stock, Paris 1982.
 Pierre Chevallier: *La Séparation de l'Eglise et de l'Ecole*, Jules Ferry et Léon XIII. Fayard, Paris 1982.
 Jean Cornec et Michel Buschareissas: *L'Heure Laïque*. Editions Clancier-Guénand, Paris 1982.
 Eveleyne Dreyfuss: *Libres Ecoles*. Les Centurion, Paris 1981.
 Nicole Fontaine: *L'Ecole Libre et l'Etat*. U. N. A. P. e. C., Paris 1981.
 Histoire Général de l'Enseignement et de l'Education en France (4 Bde., 1. Bd. 1981 erschienen) Nouvelle Librairie de France, Paris.
 Mgr. Honoré: *Aujourd'hui l'Ecole Catholique*. Le Centurion, Paris 1981.
 Robert Lecourt: *Concorde sans Concordat*. Hachette, Paris.
 Antoine Léon: *Histoire de l'Enseignement en France*. Presse Universitaire, Paris 1977.
 Pierre Miquel: *L'Ecole Laïque*. Fayard, Paris 1982.